

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Votenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen: 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Nr. 5.

Danzig, den 15. Januar 1913.

4. Jahrgang.

Das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.*

II.

Die Scharmacher der Industrie können mit gutem Recht verlangen, daß auch einer Anzahl Privatbetrieben, wenn nicht allen, diese Vergünstigung zuteil werde. Wenn das Staatswohl in Gefahr ist, wenn die Arbeiter in einem staatlichen Bergwerk streiken, so kann nach dieser Deduktion auch „Gefahr“ angenommen werden, wenn die Bergarbeiter im übrigen Bergbau streiken. Wenn es staatsgefährlich ist, in den Werkstätten der Heeresverwaltungen und in den staatlichen Werften die Arbeit einzustellen, dann kann es für die gleichen Privatbetriebe unter Umständen nicht anders beurteilt werden. Wir würden in der weiteren Folgerung dazu kommen, daß wohl nur sehr wenige Betriebe übrig bleiben, die unter Berücksichtigung dieser Auslegung des Staatswohls noch den Arbeitern das Streikrecht gewähren können. Man verwechselt hier das Staatswohl mit der Autokratie, die ihr Unwesen in den Staatsbetrieben treibt, wobei mit dem Wohl der Arbeiter oft sehr leichtfertig umgegangen wird. Wenn für die Arbeiter genügend gesorgt würde, bedürfte es keiner Organisation. Aber ein Blick auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse genügt, um den Nachweis sehr schnell zu führen, daß ein Eingriff der Arbeiter in diese Verhältnisse notwendig ist. Mit der albernen Redewendung, daß der Staat für das Wohl seiner Arbeiter besorgt ist, können sich die Arbeiter nicht begnügen, denn dem steht entgegen, daß sie sehr häufig lebhaft ihre Beschwerden zum Ausdruck bringen müssen. Es ist ganz ungeheuerlich, daß bürgerliche Sozialpolitiker und Führer der christlichen Gewerkschaften kalt lächelnd hunderttausende von Staatsarbeitern dem Guldanken und der Willkür der Staatsverwaltung überantworten.

Die Erörterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter im Parlament hat bisher zu keinem befriedigenden Resultat geführt, denn die Lohnverhältnisse, die im Hinblick auf die Steigerung der Preise der Bedarfsartikel notwendig gewesen wäre, ist doch nur in sehr beschränktem Umfange für die Arbeiter in Staatsbetrieben eingetreten. Die Arbeiter haben auch gegenüber der Privatindustrie nichts voraus, im Gegenteil, nicht selten stehen sie in ihrem Verdienst hinter der Privatindustrie zurück, und in der Behandlung wird nicht selten der schnelle Kafenhofstoln eingeschlagen, gegen den sich wenigstens die Arbeiter in der Privatindustrie wehren können. Im Interesse des Staatswohls sollen sich die Arbeiter nicht wehren. Ach, der Privatkapitalist behauptet auch, daß er seine Arbeiter ausbeutet, weil es das Staatswohl erfordert.

Lehrreich dürfte diese Debatte auch für die Angestelltenverbände sein; denn alle diese abweisenden Urteile über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter erstrecken sich auch auf die Angestelltenverbände. Gemäß haben die Vertreter der freisinnigen Volkspartei sich dagegen gewandt, daß die Mitglieder des Technikerverbandes und des Bundes der technisch-industriellen Beamten in den Betrieben der Eisenbahnverwaltung gemäßregelt werden. Aber von anderer Seite, auch von den christlichen Gewerkschaftsführern, ist kein Wort des Lobes über dieses Verhalten der Eisenbahnverwaltung geäußert. Die Angestelltenverbände, die so oft ihre Hoffnungen auf die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Reichstage setzen, sehen, wie ihre „Freunde“ eine der wichtigsten Grundbedingungen ihrer Organisation ohne Bedenken aufgeben. Wie wollen diese Verbände gegen den mächtigen Einfluß, den die reaktionäre staatliche Verwaltung ausüben kann, sich anders wehren, wenn alle Anordnungen, künftige Anordnungen zur Durchführung zu bringen, scheitern, wenn nicht auch mit einem energischen Kampfmittel den Forderungen Nachdruck verliehen werden kann? Auch sie sollten von der Anwendung dieser Wehrmittel in allen Fällen zurücktreten und in Petitionen nur in demütiger Form in der Presse — denn die energische Kritik ist verpönt — ihr Verlangen geltend machen. Wenn sie aber all zu oft mit Petitionen und Wünschen kommen, werden sie bald als lästige Personen den Laufpaß kriegen und dann darüber nachdenken können, wie in der kapitalistischen Gesellschaft die Interessen des Kapitals wohl geschützt werden, indes die Arbeiter dem auf offenkundigen Regime sich beugen sollen. Was soll man aber dazu sagen, wenn ein Vertreter der christlichen Bergarbeiter, Herr Behrens, trotz der Lohnbewegung der Bergarbeiter in Saargebiet von diesen Staatsarbeitern sagt: „Praktisch hat für die Staatsarbeiter das Streikrecht keinen Wert, weil ein Streik gegen den Staat Mord, ja ein wirtschaftlicher Selbstmord der Arbeiter ist.“

Es ist die Meinung des Führers des christlichen Bergarbeiterverbandes, der nunmehr darauf bedacht sein muß, der Regierung zu zeigen, daß seine lokale Organisation nicht bloß hohle Schrägerei ist. Er wird die aufrichtigeren Bergarbeiter zur Ruhe mahnen und zum Vertrauen auf die Bergwerksverwaltung verweisen müssen. Obwohl dieses Vertrauen sicherlich bei den christlichen Bergarbeitern nicht vorhanden ist; denn ihre Bemühungen auf dem Wege einer Beschränkung der neuen Grubenordnung herbeizuführen, sind gescheitert. Die Arbeiter müssen sich, solange sie dieser Organisation glauben ihre Interessenvertretung zu finden, über die Macht der Bergwerksverwaltung beugen, denn ihre eigenen Führer haben ihre Rechte preisgegeben.

Aber die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die Herren Schirmer und Schwarz, sind nicht nur die Wortführer für die Behauptung des Koalitionsrechtes der Staatsarbeiter, sondern sie verlangen auch, daß sozialdemokratische Arbeiter in diesen Betrieben ihre Betätigung finden. Das sind dieselben Leute, die über den Fortschritt der freien Gewerkschaften klagen, die einschlägige Klage zu ihren wissen darüber, daß freigeordnete Arbeiter mit Angehörigen der christlichen Gewerkschaften nicht zusammen arbeiten wollen, während sie selbst, wo sie ihren Einfluß ausüben können, die hier, die Regierung ausserdem, sozialdemokratische Arbeiter zum Betriebe ausschließen. Ja damit nicht genug, Herr Behrens verlangt weiter, daß auch Vereine, wie der Militärarbeiterverband, die, wenn sie auch gar nicht mit der Sozialdemokratie in Verbindung

stehen, aber durch eine schärfere Kritik an der Militärverwaltung hervortreten, nicht als Verbündete anerkannt werden sollen, die für die Staatsarbeiter offen stehen.

Diese Intoleranz ist kennzeichnend für diese Heiden, die in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Rolle spielen. Sie haben durch diese rücksichtslose Preisgabe wichtiger Rechte der Staatsarbeiter erzielt, daß, nachdem der Papst das uneingeschränkte Streikrecht für ihre Organisation ihnen vorenthalten, wenigstens der Staatssekretär Dr. Delbrück ihnen attestierte, daß die christlichen Organisationen dem Staatsanwalt nützliche und wünschenswerte Organisationen sind.

Immer deutlicher tritt bei diesen christlichen „Freunden“ der Arbeiterbewegung in die Erscheinung, daß sie ihre Organisation durch Protektion der Regierung fördern wollen und vor allen Dingen durch derartiges wohlgefälliges Verhalten für sich allein freie Bewegung erkaufen. Wenn es ihnen dann noch beliebt, Gerichte und Verwaltungsbehörden, und eventuell auch die Gesetzgebung gegen die freien Gewerkschaften mobil zu machen, so lassen sie mit solchen Mitteln ihre schwachen Kräfte aufzujuchsen. Durch wirkliche gewerkschaftliche Tätigkeit fühlen sie ihren Fortschritt erschaffen, und so muß der verhaßte Gegner bekämpft werden mit Mitteln, die jeder ehrliche Freund der Arbeiterbewegung als gemein und niederträchtig empfinden muß.

Aber werden diese Mittel auch in den Kreisen der Staatsarbeiter verlangt? Wir glauben nicht. Den Staatsarbeitern muß zum klaren Bewußtsein kommen, daß unter den Vertretern der bürgerlichen Parteien nicht einer den Mut fand, ihre Interessen zu vertreten. Sie sind auf dem Weg der Bete und des Wohlwollens hingewiesen, das sind Zumutungen, die für jeden selbständig denkenden Arbeiter ein Gefühl des Widerwillens erregen müssen. Es wird den Staatsarbeitern kein anderer Weg übrig bleiben, als zu den freien Gewerkschaften in Massen überzutreten und in der Sozialdemokratie die Vertreterin ihrer Ansprüche im Parlament zu erkennen. Die Debatte im Reichstage hat ihnen einen lehrreichen Beweis dafür gegeben. Verlangt die Verwaltung der Staatswerkstätten, daß sich die Arbeiter diesen Bestrebungen nicht anschließen, so werden sich Mittel und Wege finden, um dieser Anordnung zum Trotz dennoch im Stillen Förderer und Anhänger der Arbeiterbewegung zu werden. Die bürgerlichen Parteien aber mit der Regierung mögen sich darüber nicht ärgern, daß ihr System der Bevormundung, der Unterordnung und der Rechtlosigkeit der Arbeiter nicht einen gefügigen und zufriedenen Arbeiter erziehen wird, sondern Arbeiter, die mit glühendem Haß gegen dieses System erfüllt und nur von dem einen Wunsche befeuert wird, aus diesem unwürdigen Verhältnis, in das man ihn gezwängt hat, herauszukommen.

Politische Übersicht.

Die Wahlparole zu den preussischen Landtagswahlen.

Der sozialdemokratische Parteitag für Preußen nahm bezüglich der Landtagswahl folgende Beschlüsse an:

In allen Wahlkreisen, in denen es möglich ist, werden selbständige Wahlmänner aufgestellt. In den Wahlkreisen, in denen dies nicht möglich ist, wird für diejenigen bürgerlichen Wahlmänner gestimmt, welche das Versprechen abgeben, daß sie nur solche Kandidaten wählen werden, die für Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die preussische Landtagswahl stimmen werden. Bei den Stichwahlen verlangt die Sozialdemokratie, wenn sie den Ausschlag gibt, die Abretung eines Mandates. Wird dieses bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner, schon im ersten Wahlgang, außer für den sozialdemokratischen Kandidaten für den Kandidaten der herrschenden bürgerlichen Partei. Wird dies nicht bewilligt, so stimmen die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang nur für ihren Kandidaten und erhalten sich bei der Stichwahl der Stimme.

Mit Annahme des vorstehenden Abkommens hat die Partei die Richtlinien festgelegt, unter denen sie in den Wahlkampf ziehen wird. Einmütig ist dieser Beschluß zustande gekommen. Wenn auch die Meinungen über diesen Punkt in der Debatte etwas auseinandergingen, so lagte doch in Anbetracht der Notwendigkeit eines überall geschlossenen Vorgehens die bessere Einsicht derjenigen, die ohne Kompromissionen eventuell von vornherein für die Liberalen stimmen wollten. Sie zogen ihre weitergehenden Vorschläge zurück und stimmten ohne Ausnahme der Resolution der Bundeskommission zu und wurde dadurch ein einmütiges Forum erzielt.

Es ist etwas anderes, ob ein Beschluß von solch weittragender tatsächlicher Bedeutung einmütig gefaßt wird, oder ob die opponierenden Elemente dies auch bei der Abstimmung beibehalten und auf ihrem Standpunkt beharren. Für die Massen der Großen im Lande hat das einmütige Votum der höchsten Instanz eines Landes eine ganz andere Bedeutung, als wenn Zerplitterung herrscht. Wenn man sieht, daß viele nur der Disziplin gehorchen und nicht dem eigenen Triebe folgen, so ist dies nicht erhebend. Bei dem Terror des öffentlichen Wahlverfahrens läßt unserer Partei in den meisten Kreisen — vornehmlich den ländlichen Bezirken — unüberwindliche Hindernisse entgegen, wo gar kein Ausblick besteht, auch nur einen Wahlmann zu finden, der sich zur Verfügung stellen kann. Aber, von vornherein, ohne irgend welche Gewissheit zu haben, wie sich die liberalen Kandidaten zum Wahlrecht stellen, für diese zu stimmen, wäre für uns ausgeschlossen. Und auch bei der Stichwahl, wo unsere Wahlmänner den Ausschlag geben, darf es nicht heißen, lieber Goethe als Stroher, sondern wir verlangen auf Grund unserer ausschlaggebenden Stimmenzahl ein Mandat.

An den Liberalen wird es darum liegen, ob die Linke bei den Neuwahlen verstärkt in den Landtag einzuziehen wird oder nicht. Hoffentlich werden sich die Liberalen der besseren Einsicht nicht verschließen und werden die Situation besser ausnützen, als vor fünf Jahren. Natürlich kann es sich nur bei dieser Stellung um die freisinnige Volkspartei handeln; die Nationalliberalen sind genau wie die Konservationen und Ultramontanen Gegner jeder wirklich fortschrittlichen

Wahlreform. Nun geben wir uns aber gar nicht der Hoffnung hin, daß durch eine Verklärung der fortschrittlichen Volkspartei etwa die Wahlrechtsfrage in der preussischen Duma ins Rollen käme. Es wäre naiv, sich in solchen Erwägungen zu ergehen. Von innen heraus wird es bei der jeweiligen Konstellation der Parteien im Abgeordnetenhaus nicht gelingen, auch nur einen Schritt weiter in der Wahlrechtsfrage vorwärts zu kommen, wenn nicht das Volk auf der Wacht bleibt.

Die Enttäuschungstürme des Volkes werden immer lauter und vornehmlicher erschallen müssen, solange die Regierung zögert, dem Volke ein freies Wahlrecht zu geben. Nur durch ein geschlossenes einmütiges Vorgehen des gesamten Proletariats wird es möglich sein, die Bogen der Reaktion zurückzubringen und den Widerstand der Regierung zu brechen. Die Geschichte beweist uns, daß alle Volksfreiheiten den herrschenden Gewalten in erbitterten politischen Kämpfen abgerungen werden müssen. Bei allen Wahlrechtsdemonstrationen haben wir uns nur auf die eigene Kraft verlassen müssen, denn das liberale Bürgertum stand feige beiseite und ließ die Arbeiter allein. Drum müssen wir zunächst auch unsere eigenen Reihen stärken und etwaige Lücken ausfüllen. Bei dem bevorstehenden Landtagswahlkampf muß es unsere erste Aufgabe sein, unsere eigene Fraktion möglichst zu verklären, damit diese innerhalb des Parlaments aktionsfähiger gemacht wird. Der Wahlkampf ist aber auch zugleich eine weitere Etappe auf dem Wege zum Wahlrechtskampf. Es ist daher Sache der Genossen, alle Vorbereitungen für die Organisation und die Agitation des Wahlkampfes zu treffen. Hierbei ist auch zugleich die Lage des Landproletariats mit zu erwägen, deren Schilderung auf dem platten Lande uns große Dienste leisten kann. Die Glendbilder, die der Lebenslag der Arbeiter gab, werden, den Massen zur Kenntnis gebracht, ihren Eindruck nicht verfehlen. Lie drum jeder Genosse seine Schuldigkeit und die Zeit wird nicht mehr ferne sein, wo auch das preussische Volk Einfluß auf die Gesetzgebung erlangt, und seine Geschichte selbst schreibt.

Aus dem württembergischen Landtage.

Die Eröffnung des württembergischen Landtages erfolgte am Donnerstag im Sitzungssaal der Zweiten Kammer durch den König mit einer Thronrede. In unmittelbarem Anschluß an die Eröffnung hielt die Zweite Kammer unter dem Vorsitz des Genossen Tauscher als Alterspräsidenten ihre erste Sitzung. Tauscher begrüßte die Abgeordneten um, wies auch auf die seit Monaten drohende Kriegsgefahr hin. Obste Aufgabe jeder demokratischen Volksovertretung sei, den leichtfertigen Friedensstörern in der Weg zu treten und für Sicherung des Friedens einzustehen. Daneben sei die Aufgabe der Volksovertretung, der sozialen Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken und allen sich aus der modernen Entwicklung ergebenden Bedürfnissen des Volkes entgegenzukommen. Hierbei müsse für den Volksovertreter der Wahlspruch gelten: Suprema lex solus populi. Die Ansprache wurde von der linken Seite des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung steht die Präsidentschaftswahl.

Der württembergische Staatsbedarf beträgt nach dem vorgelegten Etat für 1913 118 828 521 Mark, für 1914 121 692 658 Mark. Gegen den Etatjah von 1912 ist das ein Mehr von 7,5 und 10,2 Millionen. Die Einnahmen sind veranschlagt für 1913 auf 119 059 073 Mark, für 1914 auf 122 018 620 Mark. Es müßten aber für außerordentlich Bedürfnisse der Verkehrsanklagen von 42 Millionen ausgegeben werden, die mit 21 Millionen auf die beiden Jahre 1913 und 1914 verteilt werden sollen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich konstituiert. Nachdem der bisherige Vorsitzende Tauscher wegen seines unruhigen Gesundheitszustandes gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen, wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Genosse Meil, zum ersten, Genosse Dr. Lindemann zum zweiten Vorhändigen und Genosse Hermann zum Schriftführer gewählt. Zur Frage der Beteiligung an der Eröffnung des Landtages wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Fraktion beteiligt sich an der Sitzung zur Eröffnung des Landtages als einem in der Verfassung vorgeschriebenen staatsrechtlichen Akt. Der Tradition der Partei und der Absicht der Fraktion entsprechend wird sie sich an der von den Mitgliedern der Ersten und der bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer veranstalteten monatlichen Kundgebung nicht beteiligen. Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die zu erredigenden Fraktionsmitglieder den Eid am zweiten Sitzungstage leisten.

Zur Eröffnung des Landtages teilen wir in der bürgerlichen Presse folgendes:

Die Thronrede wurde vom König von Württemberg verlesen. Als Alterspräsident fungierte der sozialdemokratische Abgeordnete Tauscher, der mit den Mitgliedern der Abgeordnetenversammlung sowie mit dem Präsidenten und vier Mitgliedern des Herrenhauses den König am Portal des Landtagsgebäudes empfing. Der König begrüßte den sozialdemokratischen Abgeordneten mit einem Händedruck und umterhielt sich mehrere Minuten in liebenswürdiger Weise mit dem Senior der Volksovertretung. Die Deputierten der beiden Kammer geleiteten den König sodann in den Sitzungssaal. Beim Eintritt brachte ihm der Alterspräsident der nationalliberalen Abgeordnete Mühlberger das übliche Hoch auf den Monarchen aus. Der König nahm sodann neben dem Thronstuhl Aufstellung und vereidigte die neuen Mitglieder der Abgeordnetenversammlung. Sodann verlas der König die Thronrede. Übrigens nicht wie anderwärts mit bedecktem Haupt. Vielmehr hat der König es abgelehnt, zu den Volksovertretern mit einem Helm auf dem Kopf zu rufen und sich damit über eine abhergebrachte Zeremonie hinwegzusetzen.

Was an der Sache mit Bezug auf den Genossen Tauscher zu sagen ist, wird sich wohl herausstellen. Wir bezweifeln jedoch vorläufig diese Darstellung, enthalten uns jedoch vorläufig jeder Kritik.

* S. 1. Seite der Beilage Nr. 4 der Volkswacht

Errichtung australischer Handelskammer in Europa.

Wien. Der Oberkommissar für Australien Sir George Reid, der vor einigen Monaten auch im Berliner Reichstagsgebäude einen Vortrag über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Australien gehalten hat, ist hier angekommen und vom Kaiser Franz Josef in Audienz empfangen worden. Er hat die Aufgabe, die Errichtung einer offiziellen australischen Handelsvertretung in Berlin und Wien vorzubereiten, nachdem in Paris bereits eine australische Handelskammer geschaffen worden ist. Die Frage erscheint für Deutschland und Österreich besonders wegen der Verletzung mit australischem Gefrierfleisch wichtig. Versuche mit der Einfuhr dieses Fleisches sind bereits vor einiger Zeit mit großem Erfolg durchgeführt worden.

Der großmächtige Griechenkönig.

Derettu Karisien veröffentlicht folgende interessante Geschichte, die auf das Verhältnis der Balkanstaaten zueinander ein eigenartiges Streiflicht wirft:

In der letzten Woche hatte der König von Griechenland die jungen bulgarischen Prinzen in Saloniki zum Diner empfangen. Er erklärte ihnen im Laufe der Unterhaltung, daß er von der Schönheit der Stadt Saloniki entzückt sei und die Absicht habe, sich dort einen Palast zu bauen, in welchem er einen großen Teil des Jahres verbringen würde. Als darauf einer der Prinzen erwiderte: „Unter Vater hat dieselbe Absicht“, erklärte König Georg: „Das ist nicht nötig, die Mühe kann er sich sparen, mein Palast wird groß genug sein, um einem meiner Freunde und Verbündeten darin ein Plätzchen zu gewähren.“

Deutschland.

Die „gefüllte Kompottschüssel“.

Wie schwer es den Invaliden wird, in den „Genuß“ der Invalidenrente zu kommen, beweist die Statistik über die Rentempfindungen in Ostpreußen. Am Schluß des Jahres 1911 betrug in dieser Provinz die Zahl der Rentempfindler 46 698. Von den im Jahre 1911 eingegangenen 9306 Anträgen auf Bewilligung der Invalidenrente hatten nur 4785 Erfolg. Also nur der Hälfte war es gelungen, die Invalidenrente zu bekommen. In einer Provinz wurden in einem Jahre 4521 Invaliden abgewiesen. Da sieht man, wie glänzend in unserem Vaterlande „für die Notleidenden und Schwachen gesorgt“ wird. Invalidenrentenempfänger waren 1911 in Ostpreußen 3548. Von den im Jahre 1911 eingegangenen 438 Anträgen auf Gewährung von Altersrenten wurde 287 stattgegeben, 200 über 70 Jahre alte Personen wurden also abgewiesen. Es sieht in der Wirklichkeit die gefüllte Kompottschüssel der alten und invaliden Arbeiter aus.

Das Organ des Reichstages über den Jugendwahn des Jentums.

In einem Ausblick auf die Jugendwahn im Reichstag sagt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung u. a.

Der Reichstagsbeschluss vom 28. November hat ein ungehöriges Echo erregt, um dem Bundesrat das Verbot zu kündigen. Auch herabragende Katholiken haben in neuerer Zeit ausgesprochen, daß die Kräfte, die man sich aus dem Jugendwahn für die katholische Kirche verschaffen konnte, in gar keinem Verhältnis zu den stürmischen Störungen und Geräuschen stehen, welche seine Gegenwart hervorgerufen hätten.

Welche Bedeutung die Jugendwahnklärung des Jentums erlangen wird, warten wir auf. Auf den Reichstagsbeschluss folgt ein Bericht über den Kampf um die Jugendwahnklärung des Jentums an allen seine Glieder, das die Wahrung des konstitutionellen Friedens vorantreibt. Deshalb wird sich auch die Jugendwahnklärung einmündigen Erklärung eines neuen Kulturkampfes erfüllen. Wenn dies möglich wäre, so ist ein Gegner gefunden.

Worum war der Saarbergarbeiterstreik eine innere Unmöglichkeit?

Man kann den Streik der Saarbergarbeiter nur dann als einen Streik der christlichen Gewerkschaften bezeichnen, wenn man die Saarbergarbeiter nicht in einen Streik ausmündigen läßt, es kam den Herren mit darauf an, den Rückgang von 10000 Mitgliedern im Saarberg um die Jahresende zu vermeiden, welche in das Gegenteil zu verkehrten. Es kam ihnen auch darauf an, die berechnete Abwertung der Saarbergarbeiter zum Herbst 1912 zu vermeiden. Das heißt die christlichen Gewerkschaften, die sich auf die Saar als die letzten Schützen der Ordnung aufstellten, die die Regierung von Preußen und Bayern anführten, haben sich zu ihren Gunsten zu entscheiden, damit der preussische Staatsminister Reichel nicht durch den Streik der Saarbergarbeiter in das Hintertreffen gerät und die Saarbergarbeiter in das Hintertreffen gerät, während die Saarbergarbeiter durch die Saarbergarbeiter in das Hintertreffen gerät, während die Saarbergarbeiter durch die Saarbergarbeiter in das Hintertreffen gerät.

„Gewerkschaften“ auf dem anderen haben sich die Saarbergarbeiter Preußen und Bayern zu entscheiden, damit der preussische Staatsminister Reichel nicht durch den Streik der Saarbergarbeiter in das Hintertreffen gerät und die Saarbergarbeiter in das Hintertreffen gerät, während die Saarbergarbeiter durch die Saarbergarbeiter in das Hintertreffen gerät, während die Saarbergarbeiter durch die Saarbergarbeiter in das Hintertreffen gerät.

Eine Kisten-Militärvorlage.

Eine neue Militärvorlage, die dem Volk abermals ungeheure Lasten aufbürden würde, wird von der Post, dem Berliner Zentralorgan der Kriegstreiber und Rüstungsrichter, angekündigt. Das genannte Blatt will von hoher militärischer Seite folgendes erfahren haben:

„Eine neue Militärvorlage wird in nächster Zeit, voraussichtlich noch im Monat Januar, dem Reichstag vorgelegt werden. Sie ist bestimmt, alle Rufen auszufüllen, die die letzte Militärvorlage noch hat bestehen lassen. Vor allen Dingen wird die Stärke der Kompanien so bedeutend erhöht werden, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist und eine vorzügliche Ausbildung der Leute gewährleistet wird. Außerdem werden die fehlenden dritten Bataillone nachgefordert, die Kavallerie-Regimenter schon im Frieden aufgestellt und die Ersatzreserve wie früher zu einer Ausbildung mit der Waffe einberufen. Die bereits bei einigen Armeekorps bestehenden, über die normale Zahl hinausgehenden Brigaden und Regimenter sollen zu einem neuen Armeekorps zusammengefaßt werden. Auch den Wünschen der Artillerie nach höherer Bespannung usw. wird durchaus Rechnung getragen werden.“

Reinigt sich diese Meldung der Post, dann winkt den aussehenden Hoffnungen der Rüstungsfanatiker mit einem Schlage Erfüllung. Eintrüben wird man aber in die Richtung dieser Vorahnung begründete Zweifel setzen dürfen. Denn die Einbringung einer Vorlage, wie die Post sie skizziert, könnte nur von oben gebilligt werden, die konsequent und bewußt eine Politik der Herausforderung treiben wollen.

Parteiengenossen und Freunde!

Vergesst nicht zu protestieren gegen den

Mörder Alkohol.

Jeder zehnte Mann stirbt bei uns direkt durch ihn. Sicherer als Schrapnelle und Maschinengewehre schießt er unsere Reichen, weniger auffällig, aber darum nicht weniger grausam. Er schafft zu den verhöflichsten Rohheiten und Gewalttätigkeiten an: Männer werden zu Krüppeln geschlagen, Frauen werden mißhandelt und vergewaltigt, Kinder werden vernachlässigt oder geschändet.

Wollt ihr nur protestieren gegen die großen Mächte des Verderbens, denen ihr einstweilen nur eure Empörung und eure Verachtung entgegenzuschleudern könnt? Warum nicht erheben gegen eine Macht, deren fürchterliche Wirkungen denen eines Krieges beinahe gleichkommen und die ihr imstande seid, schon jetzt wirksam anzupacken?

Warum nicht den Kopf und die Faust erheben gegen den Alkohol, den Zerstörer eures Glückes, den Verbündeten eurer Feinde, den Feind eurer Bestrebungen, den unheimlichigen Peiniger eurer Frauen und Kinder?

Genossen, wir rufen euch im Namen der Solidarität und im Namen der Gerechtigkeit auf zum Kampfe gegen den Alkohol! Protestiert gegen diesen Helfershelfer des Kapitalismus, gegen diesen Zerstörer menschlichen Glückes dadurch, daß ihr euch von ihm losragt!

Es lebe das Proletariat, das Ermit macht mit keinen Idealen! Es lebe das Proletariat, das nicht bloß ein neues Leben verlangt, sondern auch neue Lebenskräfte und Lebensformen aus es fordert!

Eine christlich-soziale Stimme für Ausnahmegesetze.

Der christlich-sozialen „Volk“ vom 5. Januar 1913 legt sich der „Volk“ „Bergfrieder“ für Ausnahmegesetze ins Zeug.

„Wenn man den Kopf bemerkt, mit dem die Roten an den Tag denken — und wenn man den Kopf hebt mit dem sie ein überhöhtes häßliches Geheiß durch Anstachelung anderer Parteien zu verhängen haben — dann sollte man sich denken, daß es nicht möglich ist, das Gute zu haben, wie auch immer ein Ausnahmegesetz. Ich meine — und mein Herr Nachbar, der sich nicht scheut — für oder gegen besondere Zustände oder Schäden oder Vorteile sind auch besondere Abwehrmaßnahmen möglich und nötig. Gerade in dem Maße, in dem man in einem Industriegebiet, gegenüber dem Ruhr- und Saarland, ein — dann findet man es doch selbstverständlich, daß die Landesbehörden besondere Maßnahmen trifft. (Ausnahmegesetze) der öffentlichen Ordnung hätte zu bringen. Das ist das, was die Roten in der Weimarer durch die Verhältnisse in der Roten durch die Taten — ei, da sind es Selbstbehaltung, Kommode kein Ausnahmegesetze zu geben — gerade so, wie es Kommode ist, wenn Geheiß und Schand im Staat der Weimarer wiederholt. Kein Hausherr hätte auf einen Grund und Boden gehen und mitreiben, was ihm nicht gefällt, im wesentlichen liegt er das Fundament eines Hauses zerstört. Da ist ihm jedes Mittel recht, das den Verfall abwenden könnte.“

Der Antrag geht vom Überwinder der Schöpfungsgeschichte. Es geht über die Schöpfung, denn man hat es auch für den Fall der Schöpfung und Schöpfung ist wieder mal als Freiheitskämpfer zu verstehen.

Dogmatische Erklärungen zum Reichstagsbeschluss.

Der Reichstagsbeschluss vom 28. November über die Jugendwahnklärung des Jentums ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte der Jugendwahnklärung des Jentums.

Der Reichstagsbeschluss vom 28. November über die Jugendwahnklärung des Jentums ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte der Jugendwahnklärung des Jentums. Der Reichstagsbeschluss vom 28. November über die Jugendwahnklärung des Jentums ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte der Jugendwahnklärung des Jentums.

zur Kirche und danken ihrem Schöpfer, daß er sie in ihrer christlichen Erkenntnis so weit gebracht hat, den rentierten Arbeitern zu zeigen, was echt christlich ist.

Die Fleischeinfuhr nach den Regierungsmahnmahnen.

Ueber die Fleischeinfuhr in den letzten Monaten werden folgende amtliche Zahlen veröffentlicht: An frischem Rindfleisch wurden im November über 42 000 D. eingeführt gegen 15 000 im November 1911 und gegen rund 34 000 im Oktober 1912. An der Einfuhr sind in erster Linie beteiligt Dänemark mit 18 000 D., die Niederlande mit 13 000, Rußland mit 6000 D. Es folgen Schweden mit 2600 D., Frankreich mit 1600 D. Die Zulassung von Rindfleisch aus Belgien hat zunächst mit 250 D. noch keinen wesentlichen Erfolg gehabt. Man rechnet jedoch mit einer sehr erheblichen Steigerung, sobald aus Belgien Fleisch argentinischer Rinder zur Einfuhr gelangen wird. Die Einfuhr an frischem Schweinefleisch stellt sich auf 39 600 D. gegen 16 800 D. im Monat Oktober und 1219 im November des vergangenen Jahres. Das größte Quantum hiervon lieferten die Niederlande, nämlich 23 400 D., es folgen Rußland mit 8160, Dänemark mit 5110 und Schweden mit rund 2400 D. Die Zulassung von Schlachtrindern aus den Niederlanden zur Abschachtung in öffentlichen Schlachthöfen großer Städte verursachte eine Einfuhr von 4957 Stück gegen 1318 im Oktober vorigen Jahres. Die Einfuhr von Schweinen aus Rußland in das oberhessische Industriegebiet ist im Monat November um 4000 Stück auf 14 000 gestiegen. Das nach dem Handelsvertrag zulässige Kontingent stellt sich auf monatlich rund 10 000 Stück. Die aus den Balkanstaaten zugelassene Einfuhr von frischem Fleisch ist unter der Einwirkung des Krieges auch im Monat November nicht in die Erscheinung getreten.

Wie man in Preußen für die Beamten sorgt!

Der dem Abgeordnetenhaus vorkliegende Nachtragsetat für 1912 enthält außer den 60 Millionen für besondere Ausstattung der Bahnhöfe des westlichen Verkehrsgebietes mit Rangier-, Auslade- und Ueberholungsgleisen drei Millionen Mark für Beihilfen an Beamte wegen der hohen Preise der Lebensmittel. Außerdem sollen aus einem Fonds von 700 000 Mark für Bewältigung des großen Verkehrs der letzten Monate dem stark angestregten Personal der Eisenbahn Prämien gegeben werden.

Drei Millionen scheint eine hohe Summe, ist aber, wenn man bedenkt, daß Preußen über ein Heer von mehreren hunderttausend Beamten verfügt, in Wirklichkeit nichts weiter als ein Pappenstiel. Mit solchen Almosen sollte man lieber gar nicht erst anfangen.

Der Münchener Erzbischof für die christlichen Gewerkschaften!

Herr v. Bettinger, der Münchener Erzbischof, wurde bei der Neujahrsfeier des Münchener Zentral-Gesellenvereins zu dessen Ehrenmitglied ernannt. Bei dieser Gelegenheit hielt er eine Ansprache, in welcher er nach dem Bericht der Augsburgischen Postzeitung vom 5. Januar folgendes ausführte:

„Es hat mich gefreut, daß über 600 Vereinsmitglieder den christlichen Gewerkschaften angehören. Nach den Darlegungen des Herrn Präses hat sich dies aus der Lage der Verhältnisse selbst ergeben. Nachdem der Heilige Vater, die oberste Autorität der katholischen Kirche, die Zugehörigkeit der katholischen Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gebilligt, wünsche ich von ganzem Herzen, daß dieselben immer kräftiger sich entwickeln und die sorgsamste Pflege erfahren mögen. Mögen dieselben in rechtem Geiste ihr Programm zur Durchführung bringen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zum Wohle der Gesamtheit zu heben. Mögen sie aber auch dem Gesellenverein die alte Treue bewahren und sich dessen Segnungen zu nütze machen.“

Kleine politische Nachrichten.

Ungültige Reichstagswahl. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß in ihrer heutigen Sitzung, die Wahl des Abgeordneten Dr. Becker (bei keiner Fraktion, Hessen 8. Bingen-Alzen) für ungültig zu erklären. Dieser Beschluß wurde mit 8 gegen 5 Stimmen gefaßt.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenwahlen. In der Rieker Stadtverordnetenversammlung wurde ein Sozialdemokrat zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher gewählt. — In Dessau wählten die Stadtverordneten den fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Dr. Cohn zum Vorsteher und den Sozialdemokraten Deist zum stellvertretenden Vorsteher. Der bisherige Vorsteher, Landtagspräsident Scheinrat Dr. Döring (national-liberal) unterlag. — In Bernburg a. Saale wurde Genosse Günther zum Vizepräsidenten gewählt.

Das Mandat des Staatssekretärs Dernburg. Mit der Ungültigkeitserklärung des Mandats des ehemaligen Staatssekretärs Dernburg zur Zweckerbhandlungsvermittlung wird sich auch noch der Oberverwaltungsgericht zu beschäftigen haben. Der Beschluß des Plenums Groß-Berlin, der das Mandat für ungültig erklärte, weil der als Vertreter der Stadt Schöneberg gewählte Dr. Dernburg nicht in Schöneberg wohnt, wird im Rechtswege angefochten werden.

Bei der Landtags-Erstwahl im Wahlkreis Greifenberg-Kamin für den verstorbenen Abgeordneten von Kramm wurde der konservative Kandidat, Rechtsanwalt Justizrat Grundmann-Treptow a. d. Rega mit 230 Stimmen gewählt.

Ausland.

Die Großmächte für die Abtretung Adrianopels?

Rom, 8. Januar.

Wie die offizielle „Tribuna“ erklärt, besteht zwischen Dreihund und Triplicente volle Übereinstimmung über die Notwendigkeit, daß die Türkei Adrianopel an Bulgarien abtreten müsse. Die Abtretung solle jedoch mit Einschränkungen für die Mächte, die geistlichen Güter und die Kalifengräber erfolgen. Ferner werde der Dreihund darauf bestehen, daß außer den vier geistlichen Inseln, die den Dardanellen vorgelagert sind, auch Andros, Mytilene, Kos und Rhodus der Türkei verbleiben. Doch sollen für die griechischen Bewohner dieser Inseln wirksame Garantien geschaffen werden.

Darmit steht folgende Reutersmeldung in Widerspruch:

London, 8. Januar.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Konstantinopel gemeldet: Nach den letzten Mitteilungen hat England den Mächten einen Vorschlag gemacht, nach dem Adrianopel der Türkei erhalten bleiben soll unter der Voraussetzung, daß die Festungswerke geschleift und verschiedene weitere Beschränkungen wirtschaftlicher Art auferlegt werden. Der Vorschlag hat gute Aussicht auf Annahme.

Osterreich-Ungarn.

Die Duellwut Liszas.

Seit dem Einbringen der ungarischen Wahlrechtsvorlage ist Graf Lisza, der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, sehr nervös geworden. Er ist von einer wahren Duellwut befallen. So hat gestern wieder mit dem Grafen Madar Szechenyi ein Zweikampf mit schweren Säbeln stattgefunden. Nach dem vierten Gang erhielt Szechenyi eine Hiebwunde an der Stirn, die ihn kampfunfähig machte. Lisza blieb unverletzt. Die Gegner schieden unversöhnt. Vor dem Festsaal hatte sich eine größere Menge Sozialisten angesammelt, die vor und nach dem Zweikampf Kundgebungen gegen Lisza veranstalteten. In den Abendstunden tauchten zwei neue Ehrensachen auf. Der Abgeordnete Desider Polonji schickte Lisza seine Zeugen; doch bemüht man sich, die Angelegenheit friedlich beizulegen. Andererseits schickte Lisza dem früheren Minister Grafen Zichy eine Herausforderung, weil dieser erklärt hatte, Lisza dränge sich in aristokratischen Kreisen auf. In Kreisen des National-Kafinos ist eine Bewegung im Zuge, dem offenen Hlich organisierten Treiben gegen Lisza ein Ende zu machen.

Ein Generallstreik als Demonstration gegen die Wahlreformvorlage. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung plant die sozialdemokratische Partei als Demonstration gegen die Wahlreformvorlage die Veranstaltung eines eintägigen Generallstreiks.

Verhaftung wegen Hochverrats. In Serajewo wurden acht Studenten serbischer Nationalität verhaftet, die unter dem Verdachte stehen, Hochverrat begangen zu haben.

Portugal.

Das neue Ministerium. Das Ministerium hat sich konstituiert. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Inneres: Alfons Costa, Kolonien: Almeida Ribeiro, Krieg: Pereira Bastos, öffentliche Arbeiten: Antonis Maria Silva, Marine: Freitas Ribeiro, Aeußeres: Goncalves Teixeira. Alfons Costa hat das Finanzministerium Marnoco Suza und das Justizministerium Paulo Falcao angeboten.

Frankreich.

Die Ertragnisse der indirekten Steuern. Die Ertragnisse der indirekten Steuern und Monopole überstiegen im vergangenen Jahre den Voranschlag um 242 Millionen, blieben jedoch um 38 1/2 Millionen Francs gegen die Einnahmen im Jahre 1911 zurück.

China.

Die Sechsmächte-Anleihe. Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden am Freitag in London die Vertreter der Banken der Sechsmächtegruppe zusammenkommen, um die Einzelheiten der neuen chinesischen Anleihe von 500 Millionen Mark zu regeln. Dazu gehört auch die Frage, wieviel von dem Gesamtbetrag der Anleihe ausgegeben werden soll. Man erklärt, bald nach dem Friedensschluß zwischen der Türkei und den Balkanstaaten sei eine Emission zu erwarten.

Danzig.

Nochmals die entlassenen Laternenwärter.

Trotz des Stadtverordneten Heinrich haben sich wiederum einige entlassene alte Laternenwärter an eine gewisse Presse gewandt um ihre Sache zu führen. Zu der anderen ungewissen Presse haben die alten Leute eben kein Vertrauen und zu Herrn Heinrich gleich gar nicht. Vor uns liegen die Ausweise einiger entlassener Laternenwärter zur Erhebung der „Unterstützung“. Einer derselben, der sich seit 1891 in städtischen Diensten befand und 67 Jahre alt ist, erhält als Unterstützung monatlich 10 Mark. Davon gehen monatlich 2 Mark und 70 Pfennig für die Krankenkasse ab, verbleibt also 7,30 Mark. Das macht ausgerechnet für den Tag 24 1/2 Pfennig, den Monat zu 30 Tagen gerechnet. Die Frau des alten Mannes ist gebrechlich und ist trotz ihrer erst 51 Jahre nicht imstande irgend etwas zu verdienen. Ein anderer, welcher der Stadt 17 Jahre gedient hat, erhält pro Monat 5 Mark. Wenn hier auch noch die Krankenkassenbeiträge etwa in Abzug zu bringen sind, da kann der alte Mann mit 2,30 Mk. monatlich nicht viel irdische Güter erwerben. Weiter wird uns mitgeteilt, daß die Laternenwärter zu Weihnachten — ob sämtlich wissen wir nicht — jedes Jahr 5 Mark als Weihnachtsgeschenk erhalten haben, dieses Jahr jedoch nicht. Die Frauen der beiden alten Leute haben sich, da sie dieses Jahr nichts erhielten, aufs Rathaus begeben, um nun den Herrn Stadtrat persönlich in dieser Sache zu sprechen. In der Annahme, daß sie doch im Jahr der Entlassung 10 Monate Dienst getan, glaubten sie auf das Weihnachtsgeschenk Anspruch zu erheben. Jedoch der Herr Stadtrat, war für die beiden alten Frauen nicht zu sprechen und wurden dieselben kurzer Hand abgewiesen. Wir glauben, daß man doch den alten Arbeitern das Weihnachtsgeschenk noch geben könne, davon wäre die Stadt Danzig noch nicht bankerott geworden. Nach unserer Ansicht werden von den städtischen Kollegien Gelder für andere, nicht gemeinnützige Zwecke verwendet, die besser wo anders angebracht wären. Es ist wohl notwendig, die Not und Sorge der alten Leute zu stillen, als einen Fatterfall zu bauen, der nur der bessergestellten Bevölkerung von Nutzen ist. Wir haben emja schon in der Nummer vom 21. Dezember der Volkswacht an der Unterstützung der entlassenen Laternenwärter unsere Kritik geübt, so daß wir es uns verlagern können, nochmals speziell darauf einzugehen. Dieses Bild, was wir hier entrollt haben, liefert ein weiteres Schlaglicht auf unsere städtischen Verhältnisse, die nicht andere werden, bevor nicht auch im Rathause die Stim... der Arbeiter erschallt.

„Geistige“ Waffen unserer Gegner.

Der westpreussische Volkskalender hat es diesmal unseren Gegnern angetan; denn derselbe scheint ihnen sehr stark auf die Nerven gefallen zu sein. Aus Puhlig i. Westpr. hat ein Anonymus einen „Brief“ an uns geschrieben, in dem er seinem

Herzen reichlich Luft macht. Wer den Brief geschrieben hat konnten wir leider noch nicht feststellen. Aus ihm geht aber zur Genüge hervor, daß ihn ein Agrarier vom reinsten Kloakenwasser geschrieben haben muß, bei dem wahrscheinlich die Schweinepest zu Hause ist. Zur Erheiterung unserer Leser geben wir den „Schriftsatz“ des unanständigen Kumpels wortgetreu und mit allen Fehlern wieder:

„An den Parteisekretär Herrn Jul. Gehl in Danzig.“

Sie ein rotes stinkendes stich Hundeaah wollen alle Menschen zu derselben stinkende Masse heranlocken? und scheuen nicht durch ihre roten Raubtiere noch gesunden Menschen ihre Räuberplakate in den Wagen zu schmeißen. noch den der nicht zu der roten Schweinepest gehört, Ihn dazu zu bewegen. hätte ich einen von diesen Lumpen an meinem Gefährt ertappt, hätte ich Ihn ein Stück von seinem pestartigen Hundearsch abgehauen und den in ihrem Kalender aufgeführten pestartigen Kreisvorstände und Parteisekretäre zum Braten eingesand um Ihnen eine sozialdemokratische Pastete zum Fraß vorzuwerfen wenn sie hiervon gegessen hätten würde ihr Reiz noch höher steigen um ihr Gift in den gesunden Volksteil zu werfen. Wer hat aber Schuld an dieser Brutstätte? Wer regiert den Staat, wer hat die Schuld daran derartige Saat zu sähen? Derjenige der den Staat regiert, der sollte die Augen geöffnet haben und nicht stoisht kommen lassen, daß gegen die Regierung, den Staatsoberhaupt derartige Pläne geschmiedet würden jetzt ist es schon spet die Pest auszurotten. Den anderen Teil der nur das Christliche ausäten will, o den würde die Staatsverwaltung gleich den Anderen stellen, also der stinkenden Masse. Speter mehr.“

Auf dies Pamphlet einzugehen, lohnt sich nicht. Wir würden dem frechen Kerl, der das geschrieben, viel zu viel Ehre antun, wollten wir auf sein ödes Geschimpf sachlich eingehen. Wir wollen auch gar nicht seinen Namen wissen; denn was er geschrieben hat, das denken seine politischen Freunde im stillen, ohne ihre Bedanken verlautbaren zu lassen. Die „stinkende“ Masse kennt ihre Pappenheimer sehr gut. Sie mögen sich nur vorsehen, die „Herren“, daß sie an dem von der „stinkenden“ Masse ausgehenden Gestank nicht ersticken. Zeit dazu wäre es schon lange.

Eine „Berichtigung“.

Der Rechtsanwalt Dr. Szymanski sendet uns folgende Zeilen:

In Nr. 3 Ihres 4. Jahrgangs nennen Sie mich in dem Artikel „Das Danziger Polizeipräsidium“ der polnische Rechtsanwalt Szymanski. Ich erjuche Sie hiermit gemäß § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme einer Berichtigung dahin, daß lediglich mein Name polnisch ist, ich aber selbst meiner Erziehung, Befinnung, politischen Betätigung und meinem ganzen Empfinden nach nur deutsch und nicht polnisch bin, der polnischen Sprache auch niemals mächtig gewesen bin.

Hochachtungsvoll

Dr. Szymanski, Rechtsanwalt.

Also, Erziehung, Befinnung, politische Betätigung und Empfinden ist bei Herrn Szymanski deutsch, nur der Name ist polnisch. Ja aber dann bleibt immer noch der geehrte Herr Kasimir Szymanski ein Pole. Wir haben nur diese einfache Tatsache festgestellt, daß der Herr Pole ist, was er auch nicht bejreitet, weiter nichts. Die Gefühle des Herrn haben wir gar nicht in Betracht gezogen, gehen uns auch nichts an.

Aber eine Eigenschaft, die der Rechtsanwalt Kasimir Szymanski von sich nicht angegeben hat, vermissen wir und wollen diese zur Ergänzung nachtragen.

Der Herr Rechtsanwalt Kasimir Szymanski ist nämlich derjenige, der in dem Beleidigungsprozeß des Major Schinzinger gegen unseren Redakteur Genossen Lorenz, den Herrn Major als Nebenkläger vertrat. Dort hat sich der Herr Rechtsanwalt Kasimir Szymanski noch als Gedankenleser und Hellseher erweisen. Er wußte die Gedanken und die Tätigkeit des Genossen Lorenz besser als dieser selbst. Freilich mußte er sich dort auch sagen lassen, daß das meiste, was er vordachte, gar nicht Gegenstand der Verhandlung war, also pro nihilo gesprochen war.

Wenn der Herr noch sagt, daß er der polnischen Sprache auch niemals mächtig war, so kann man dem schon glauben, ohne einen weiteren Beweis zu fordern. Ja, wir kennen viele Deutsche, die ihrer Muttersprache nicht mächtig sind, aber doch Deutsche bleiben. Und so wird auch der Herr Rechtsanwalt Dr. Kasimir Szymanski nach seiner Abstammung Pole bleiben. Wir sind unserm Empfinden, unserer Befinnung, politischer Betätigung und auch Erziehung nach Sozialdemokraten, aber Deutsche bleiben wir trotzdem doch. Die „allteutschen“ Antisemiten behaupten auch, Jude bleibt Jude und wenn seine Urahren vor 500 Jahren getauft sind, ist ganz egal.

Nun aber zu der „Berichtigung“ selbst. Eine Berichtigung ist etwas anderes als das, was uns der Herr Kasimir Szymanski zugehandt hat. Denn wenn man etwas berichtigen will, muß vorher etwas Falsches von jemandem behauptet sein. Man muß schon Jus studiert haben, um aus unserem Artikel in Nr. 3 vom 8. Januar etwas Falsches über den Rechtsanwalt Kasimir Szymanski herauszulesen. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß die Kollegen des Herrn, wenn sie dies lesen, mit dem Kopfe schütteln werden.

Wegen Raummangel konnten wir in voriger Nummer diese „Berichtigung“ unseren Lesern leider nicht mitteilen. Wie eilig es nun der geehrte Herr hat, sich nochmals in unserem Blatte gedruckt zu sehen, geht daraus hervor, daß uns der Rechtsanwalt Kasimir Szymanski am Montag Vormittag seine „Berichtigung“ durch den Gerichtsvollzieher nochmals zustellen ließ. Wir hätten einfach diese „Berichtigung“, auch wenn sie uns der Gerichtsvollzieher bringt, dem Papierkorbe anvertraut, wenn die Sache für uns nicht so amüsant gewesen wäre. Wir wollten aber auch unseren Leserkreis nicht um einige frohe

Minuten bringen, da doch sonst das Leben sehr proflasch ist. Und damit wollen wir uns von Herrn Rechtsanwalt Kasimir Szymanski verabschieden in der Hoffnung, daß auch die Kreise, in denen der Herr verkehrt, ihm und uns Dank wissen.

Zwei Rohlinge aus „besseren“ Kreisen.

Vor dem Landgericht hatten sich am Sonnabend der Besitzer Porzylus und der Pächter Rogalski aus Steinbrug, Kreis Neustadt, wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung zu verantworten. Diese Beiden fuhren vor mehreren Wochen in einem Wagen auf der Neustädter Chaussee und trafen unterwegs den etwas verwachsenen und ihnen bekannten Schuhmacher Schröder, welcher von seinem Fahrrad abgestiegen war. In übermütiger Stimmung, in welcher sich die beiden Gemütsmenschen befanden, beschloßen sie, den gebrechlichen Schröder mit seinem Fahrrad zu überfahren. Dies wurde auch besorgt, so daß Schröder an Schulter und Beinen schwer verletzt wurde und auch sein Fahrrad in Trümmer gefahren wurde. Diese große Roheit wurde vom Gericht dadurch gesüht, daß die Rohlinge je zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurden. Auch wurden beide sofort in Haft genommen. Welcher Partei diese „feinen“ Herrchen angehören, konnten wir leider nicht ermitteln, gehen wohl aber nicht fehl, wenn wir annehmen, daß diese wahrscheinlich zu der Partei gehören, zu der auch der Schmutzstint, der unsern Parteisekretär J. Gehl den lauberen Brief, welchen wir in dieser Nummer abgedruckt haben, geschrieben hat. Fürwahr ein schöner Dreieck, patriotisch, gottesfürchtig und gemein bis auf die Knochen.

Das sind die Stützen von Thron und Altar.

Öffentliche Versammlung der Gastwirtsgehilfen.

Zu einer leider nur schwach besuchten öffentlichen Versammlung aller im Gastwirtsgerwerbe beschäftigten Angestellten, halte die Ortsverwaltung Danzig des Verbandes der Gastwirtsgehilfen im großen Saale der Maurerherberge, Schüsselbamm 28, am 9. Januar, 3 Uhr nachmittags, eingeladen, in welcher Kollege Dießing - Berlin das Referat übernehmen hatte.

Die Tagesordnung lautete: 1. Heraus mit dem wöchentlichen Rubeltag. 2. Die schlechten Arbeitsverhältnisse der Gastwirtsgehilfen und aller Angestellten im Gastwirtsgerwerbe in Danzig.

Kollege Dießing erging sich sehr ausführlich über obiges Thema, wobei er scharf die Verschiedenheit der Auslegung des Gesetzes durch die Aufsichtsbehörden beleuchtete, darauf wurde eine Resolution, die sich im Sinne des Referats bewegte, einstimmig und mit großen Beifall angenommen. Hierauf wurde in die Diskussion eingetreten, welche recht kraft die Stellenvermittler in Danzig anfaßte, welche den Herrn Gastwirten Leute zu jedem Preise zur Verfügung stellen und somit die Löhne nach in jeder Weise drücken. Dem Löhne von 1,75 Mark und 2,75 Mark pro Tag finden die Herren für einen Kellner, der 16 bis 18 Stunden manchmal arbeiten muß, ganz horrend.

Es wurde hierauf beschlossen, an den Magistrat sowie an die Polizeibehörde heranzutreten wegen Errichtung eines paritätischen Arbeits-Nachweises im Gastwirtsgerwerbe.

Kaninchenzüchter-Berein.

Der Kaninchenzüchter-Berein für Danzig und Umgegend hielt am 8. Januar im Kaiserhof seine Monatsversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder mit einem „Gut-Wurf“ im neuen Jahre begrüßt hatte, wurde das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen und genehmigt. Hierauf hielt Herr Krißkowski einen sehr interessanten Vortrag über Kaninchenfütterung. Aufgenommen wurden zwei neue Mitglieder, Herr Restaurateur Bialke und Fräulein Frida Röhr. Wegen Anschaffung von eigenen Käfigen zu Ausstellungszwecken sprach Herr Bruhn. Es wurden 200 Mark aus der Kasse zu diesem Zwecke zurückgestellt. Auf Anregung des Herrn Scheller zirkulierte eine Liste zu freiwilligen Spenden, welche 57,25 Mark ergab, ein recht erfreuliches Zeichen der Opferwilligkeit der Mitglieder.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 Uhr. Nächste Sitzung am 5. Februar.

Das brennende Kohlenflöz bei Altenburg.

Altenburg. Dicht bei der Nordmannschen Steinzeugwarenfabrik ist man einem brennenden Kohlenflöz, von dessen Existenz man bisher nicht wußte, auf die Spur gekommen. Schon seit Jahren zeigten sich an den Wänden des Fabrikgebäudes größere und kleinere Risse, die von Monat zu Monat an Breite und Länge zunahmen, ohne daß man besonderes Gewicht auf diese Erscheinung gelegt hätte. Vorgestern entstanden aus fast in allen Teilen des Gebäudes viele Meter lange und tiefe Sprünge, die zu ernstlichen Befürchtungen Anlaß gaben. Das Gebäude mußte sofort von allen Seiten gestützt werden. Um nach der Ursache der eigentümlichen Erscheinung zu forschen, wurden mehrere Bohrlöcher, etwa zwei Meter von der Fabrik entfernt, angelegt. Als man vier Meter in die Tiefe gekommen war, schoß plötzlich eine gewaltige Säule von Kohlenrauch empor. Man setzte neue Bohrlöcher an und in fünf Meter Tiefe stieß man auf ein brennendes Kohlenlager, in dem das Kohlenflöz in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen stand. Noch in der Nacht wurde sechs Meter seitlich ein Schacht ange schlagen, von dem man in einen Stollen vordrang. Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, den Umfang des Feuerherdes zu ergründen. Um weitere Gefahr zu verhüten, wurden Sachverständige zu Rate gezogen, nach deren Ansicht das Kohlenlager schon seit Jahren unter der Erde heuert. Der Brand muß... die... gebung das größte Aufsehen hervor, und die Fachleute bringen der merkwürdigen Erscheinung großes Interesse entgegen. Wie weit das Lager sich entzündet hat, muß erst festgestellt werden. Im Auftrage der Regierung ist Bergat... (ähnlich) eingetroffen.

MAGGI'S Blumenkohl-Suppe

ist wirklich delikat!

1 Würfel 10 Pfg.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Januar.

Die am Mittwoch vertagte Debatte über die sozialdemokratische Interpellation über den Wagenmangel wird fortgesetzt. Abgeordneter Freiherr v. Camp (Reichsp.) bemerkt u. a.: Die Hauptursache der Katastrophe war nicht ein Mangel an Wagen, sondern sie lag in den baulichen Verhältnissen einiger Bahnhöfe...

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abgeordneten Schwaabach (Nat.) und Dr. Wert (Ztr.) werden für gültig erklärt. Es folgt die Beratung der Resolution der Wahlprüfungskommission über die Wahl in Schwefel. Die Kommission ersucht in dieser Resolution den Reichskanzler, den Wahlkommissionär auf das Ungeheuerliche seiner Handlungsweise hinzuweisen...

Es erübrigt sich, auf die Vorgänge bei der Schweizer Hauptwahl im Januar 1912 näher einzugehen, da wir diesen Wahlschwindel in unserem Blatte schon öfter eingehend besprochen haben.

Hierauf folgt die Beratung einer Denkschrift über die Beamtenorganisationen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Abgeordneter Ebert (Soz.) führte in einer sachlichen Rede aus, daß trotz der pomphaften Denkschrift in der Organisation des Beamtenkörpers der Reichspost alles beim Alten bleibe...

Sitzung vom 10. Januar.

Die Debatte über die Denkschrift der Reichspostverwaltung wird fortgesetzt. Es kamen nur Vertreter der bürgerlichen Parteien zum Wort. Ein seltener Tag, an dem die Harmonie von Dertel bis Müller-Reinigen nicht durch den leisesten Ton sozialdemokratischer Unzufriedenheit gestört wurde...

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

[18] (Nachdruck verboten.)

„Ich weiß, ich weiß“, entgegnete Winston, „und habe deinen Brief nicht vergessen, denn ich ja gerade meinen „Tip“ verdanke. Ja, ich werde wie Lesjler und Swift den Weizen „bullen“, und —“

„Aber zu welchem Zwecke, Winston? Wenn es irgend ein andrer wäre, würde ich mir nichts daraus machen, aber du, gerade du, der du das Geld immer brauchst und jedertzeit die Partei der Schwachen ergreifen hast, du wollest Weizen „bullen“? Eine Million Menschen würden dir fluchen, wenn du unter diese Räuber ginge.“

„Rein, fünfzig Millionen Menschen werden mich segnen“, rief Winston und schlug mit der Faust schwer auf den Tisch. „Höre auf das, was ich dir jetzt sage. Ich werde eine Anzahl zuverlässiger junger Matker zusammenbringen und ihnen den Auftrag geben, Weizen in Höhe von acht Millionen Dollar für mich zu kaufen. Die andern zwei Millionen bleiben für den Notfall reserviert. Weizen steht jetzt auf achtundsiebzig und geht in die Höhe. Die Lesjler clique manipuliert zurzeit den Markt und tauft mehr —“

Es folgt die Beratung über Abänderung des Handelsgesetzbuchs, soweit es sich auf die Konkurrenzklausei bezieht. Staatssekretär des Reichsjustizamts Visco leitete die Debatte ein. Die Rechtspredigung hat sich zur Bekämpfung der Mißbräuche, die mit der Konkurrenzklausei getrieben werden, nicht ausreichend erwiesen. Es war deshalb notwendig, die Konkurrenzklausei auf das richtige Maß zu beschränken...

Sitzung vom 11. Januar.

Die erste Beratung über die Konkurrenzklausei wird fortgesetzt. Abg. Biebel (Soz.) trat den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs Visco schärf entgegen, indem er nachwies, daß jede Konkurrenzklausei den Arbeiter oder Angestellten an die Scholle fesselt und ihm den Übertritt in eine günstigere Stellung aufs äußerste erschwert...

Der Entwurf wurde alsdann einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Bezeichnend ist es, daß bei Beratung dieses sozialpolitischen Beschlusses des Reichstags der Innere nicht vertreten war.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 11. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats. Der erste Redner aus dem Hause ist Abg. Winkler (Konf.). Er findet natürlich alles schön und gut und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Regierung in einem Nachtragsetat die Mittel zur Beseitigung des Wagenmangels fordert. Die Frage der Steuerzuschläge will der Redner heute nicht erörtern, um seiner Partei freien Spielraum zu lassen...

Abg. Friedberg (Nationalliberal) spricht von der militärischen und finanziellen Sicherheit und von der Notwendigkeit einer guten Diplomatie und kommt dann auf das preußische Wahlrecht zu sprechen. Das preußische Wahlrecht in seiner jetzigen Form ist nicht aufrecht zu erhalten.

staatsmännisch voraussehend eingerichtetes. Die Stellungnahme der Konservativen und der Regierung ist verfehlt. Weiter setzt sich der Redner mit dem Grafen Praschma betreffs der Jesuitenfrage in scharfen Worten auseinander. Handelsminister Sadow antwortet den Abgg. Winkler und Praschma auf ihre Ausführungen zum Saarbergarbeiterstreik. Soweit die Arbeiter ihre Erfahrungen gegenseitig austauschen wollen, habe er nichts dagegen, aber wenn eine Agitationszentrale errichtet werden solle, dann würde ohne Rücksicht auf die Folgen mit Kündigungen vorgegangen werden.

Danzig.

Menschenrechte.

Das vielversprechende Drama „Menschenrechte“, über das wir schon in der Nr. 3 unjeres Blattes berichteten, hatte den Arbeiterbildungsausschuß bewogen, dieses Volksstück den weiteren Kreisen der Arbeiter zugänglich zu machen. Er hatte zu diesem Zweck das Wilhelm-Theater für Sonntag, den 12. Januar gepachtet, um auch der minder bemittelten Bevölkerung Gelegenheit zu einigen genußreichen Stunden zu verschaffen.

Es ist ein soziales Drama, aus dem modernen Leben gegriffen, was uns hier der Dichter Max Reichardt in sehr dramatischer Darstellung vorführt. Es behandelt den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, weniger in materieller Beziehung, als aus der Herrenmoral des Unternehmertums heraus. Dieses „Herr im eigenen Hause“ ist der Kernpunkt, um den sich alles dreht. Daneben spielt ein erschütterndes Familiendrama, das uns zeigt, wie abgrundtief die Moral in den sogenannten „besseren Kreisen“ von der des Proletariats verschieden ist.

gen, schmaßen, sich von selbst abwickelnden Ereignissen automatisch alle Kursänderungen an der Börse verzeichnete; ein tragbares Telephon stand auf dem Schreibtisch und ein kleiner Tisch in der Mitte war mit mehreren Siphons, einigen Flaschen Whisky, sowie einigen Kisten Zigarren und Zigaretten bedeckt. Von diesem kleinen Zimmer aus leitete Winston mit Hilfe des Telefons seine „Bulland“-Operation an der Getreidebörse.

Die Bombe wird gelegt.

Alle vorläufigen Vorbereitungen wurden im Laufe der nächsten Woche getroffen, und der erste Sonnabend nach der im letzten Kapitel geschilderten Unerredung fand Winston Howard als Inhaber eines kleinen Bureaus, das im Hochparterre eines der großen Geschäftshäuser nicht weit von der Börse gelegen war. Winston empfing hier zu bestimmten Tagesstunden den Besuch Robert Didinsons, wie der fünf Matker, die er in sein Vertrauen gezogen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

